

Stand 29.04.2013

Das BDP-Positionspapier Informationsgesellschaft kurz zusammengefasst

- Der Zugang zu den Kommunikationsnetzen und Diensten muss für alle Einwohner der Schweiz gewährleistet sein.
- Eigentum und Privatsphäre müssen trotz eines freien Informationsflusses durch geeignete Technologien und Systeme geschützt werden.
- Die Anzahl Anbieter von Kommunikations- und Informationsdienstleistungen (Services) muss stets genügend hoch sein. Nur der Wettbewerb garantiert angemessene Preise, aber auch einen laufenden Fortschritt in der Servicequalität.
- Rahmenbedingungen, welche die Schweiz als Standort für neue Entwicklungen (z.B. Data Center) attraktiv machen, müssen beibehalten oder ausgebaut werden.
- Der Bund muss seine Strategie zum Schutz vor Cyber-Attacken weiterhin ausbauen und auf die neuesten Entwicklungen reagieren können.
- Die Bildung muss sich laufend den Entwicklungen anpassen und frühzeitig neue Lehrgänge initiieren, damit dem Werkplatz Schweiz auch genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.
- Mit Hilfe von E-Government soll ein Mehrwert geschaffen und Verwaltungsprozesse beschleunigt werden.

Neun Positionen zur Informationsgesellschaft

Einleitende Bemerkungen

Noch vor 50 Jahren war die Informations- und Kommunikationstechnologie kaum ein Thema. Radio, Fernsehen und Telefonie waren die elektronischen Medien. Heute sind PCs, Tablets und Smartphones sowie das Internet nicht mehr wegzudenken. Die BDP will, dass die Schweiz nicht nur bei diesen Technologien mitgeht, sondern sich auch bei deren Weiterentwicklung an vorderster Front engagiert. Grund genug, die Standpunkte der BDP festzuhalten.

Gesellschaft

1

Zugang zur Kommunikation

Ein freier Informationsfluss ist sehr wichtig für die Gesellschaft. Die Entwicklung zur digitalen Gesellschaft ging rasant und wird auch rasant weitergehen. Die neuen Technologien setzen ungeahnte Potenziale frei, ermöglichen effizienten Informationsaustausch und bieten viele neue Geschäftsfelder – und neue Herausforderungen. Vor allem in urbanen Gebieten werden die Kommunikationsnetze stetig ausgebaut. Jedoch müssen auch die ländlichen Gebiete versorgt sein. Der Zugang zu den Kommunikationsnetzen und Diensten muss für alle Einwohner gewährleistet sein, ob im Festnetz oder im mobilen Bereich.

Die Telekommunikationsinfrastrukturen in der Schweiz weisen heute einen guten Ausbaustandard auf und die Grundversorgung ist weitestgehend sichergestellt. Selbst die Grundversorgung, welche allen Schweizer Einwohnern per Gesetz zur Verfügung stehen muss, hat sich seit der Liberalisierung und damit der Abschaffung des Telekommonopols verbessert. In diesem Sinne fordert die BDP Schweiz, dass der Ausbau der Fest- und Mobilnetze weiterhin vorangetrieben und immer wieder auf den aktuellen technologischen Stand gebracht wird. Auch der Schutz dieser Netze muss weiterhin gewährleistet werden. In diesem Zusammenhang darf auch das WiFi nicht vergessen werden. Die BDP fordert, dass in

naher Zukunft in allen öffentlichen Verkehrsmittel WiFi zur Verfügung stehen soll. Im öffentlichen Raum soll WiFi nach dem Prinzip „Service publique“ ausgebaut werden.

2

Medienkompetenz

Das Internet mit seinen Möglichkeiten schafft viele neue Chancen, aber auch Risiken. Die Gesellschaft muss diese Chancen nutzen. Nicht erst die Schule, sondern bereits die Eltern müssen den jungen Menschen Medienkompetenz vermitteln. Denn im Netz lauern auch Gefahren.

Einerseits gilt es, den Irrglauben auszumerzen, das Internet sei ein rechtsfreier Raum, wo Belästigung und Mobbing erlaubt ist. Andererseits versuchen Verbrecher, das Internet für Betrügereien zu nutzen, zum Beispiel mit Phishing E-Mails.

Neben der Aufklärung über mögliche Gefahren soll jungen Menschen auch der Gebrauch des Internets zur Informationsgewinnung näher gebracht werden. Bei der herrschenden Informationsflut im Netz ist es wichtig, zwischen guten und schlechten Informationen unterscheiden zu können und die vorhandenen Such-Tools (Google etc.) zu beherrschen. Die BDP Schweiz setzt sich für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Eltern und der Schule ein, da jene als gemeinsame Partner die Medienkompetenz am besten fördern können und müssen.

Es ist wichtig, dass die Medienkompetenz im Lehrplan 21 einen genügend grossen Stellenwert erhält. Die BDP wird Umfang sowie Inhalt, wie er von der EDK festgelegt wurde, laufend überprüfen. Genügt das Fach den Ansprüchen der BDP nicht, wird sie entsprechende Forderungen stellen.

Der Bund soll in diesem Bereich eine passive Rolle spielen, da bereits zahlreiche Fachstellen und Organisationen der Medienkompetenz Aufmerksamkeit schenken und entsprechende Projekte lancieren. Der Bund soll aber jene Projekte gesamtschweizerisch koordinieren sowie aufeinander abstimmen und weiterhin finanziell unterstützen.

3

Datenschutz

Auch wenn ein möglichst freier Informationsfluss im Internet und in den Medien erwünscht ist, so sind längst nicht alle Informationen für die Öffentlichkeit gedacht. Technische Informationen über Patente oder geheime staatliche Sitzungsprotokolle müssen vor Hackern geschützt werden. Entsprechende Verschlüsselungstechnologien und Schutzsysteme müssen den Schutz des Eigentums und der Privatsphäre gewährleisten.

Entwicklungen zur elektronischen Datensammlung und Datenaustauschs sind zu unterstützen, sofern sie innovative Anwendungsmöglichkeiten bieten und dadurch einen grossen Nutzen für die Gesellschaft haben. Mögliche Entwicklungsbereiche könnten eDossiers, wie beispielsweise ein elektronisches Patientendossier sein. Dabei ist anzustreben, dass personenbezogene Daten auch stets den betroffenen Personen gehören und die Bestimmungsmöglichkeiten darüber erhalten. Grundsätzlich gilt es, zwischen Privatsphäre, Nutzen und Staat abzuwägen. Folglich muss ein ausgeklügeltes System zwischen diesen Bereichen entwickelt werden.

Der Bund ist für den rechtlichen Rahmen zuständig und muss auf neue Entwicklungen rasch reagieren können. Insbesondere, wenn es sich bei den Entwicklungen um kriminelle Handlungen handelt, die durch das Schliessen von Gesetzeslücken vermieden werden können.

Wirtschaft

4

Schweizer Unternehmen

Die Informations- und Kommunikationstechnologien bieten der Wirtschaft vielseitige Möglichkeiten. Einerseits eröffnen sich viele Geschäftsfelder für grosse, aber auch kleine Unternehmen. Die Schweizer Unternehmen sollen davon profitieren können. Auf der anderen Seite bieten die neuen Technologien effizientere Prozesse sowie die Möglichkeit für flexiblere Arbeitsmodelle wie Homeoffice.

Der Bund soll weiterhin den hohen Stand der Harmonisierung der grenzüberschreitenden Anerkennungen von Produkten und Dienstleistungen sicherstellen. Ausserdem verbessert er die Rahmenbedingungen, damit sich die Unternehmen der Schweiz in der *information and communication*

technology (ICT) optimal entwickeln können und weltweit führend sind. Dies bezweckt, dass die Wirtschaft auch weiterhin daran interessiert ist, diesen Bereich finanziell oder materiell zu unterstützen. Der Bund soll jene Unternehmen finanziell unterstützen, welche im Bereich ICT forschen.

5 Wettbewerb

Aufgrund der historisch gewachsenen Strukturen haben nur wenige Anbieter eigene Netze. Die Anzahl Anbieter von Kommunikations- und Informationsdienstleistungen (Services) muss stets genügend hoch sein. Nur der Wettbewerb garantiert angemessene Preise, aber auch einen laufenden Fortschritt in der Servicequalität.

Die Dienstleistungen der Anbieter umfassen Telefonie über Fixlinie, Internet, Fernsehen und Mobilfunk. Die Serviceanbieter (Datenübertragung in beliebiger Form) sind in diesen Subsegmenten unterschiedlich stark vertreten. Der mächtigste Marktteilnehmer ist mit Abstand Swisscom, welche auch ein flächendeckendes eigenes Netzwerk betreibt. Andere Anbieter sind auf diese Infrastruktur angewiesen, um ihren Kunden einen gleichwertigen Service anzubieten. Logischerweise entsteht durch diese Abhängigkeit ein Machtvakuum, welches für einen fairen Wettbewerb eliminiert werden sollte. Andererseits entstehen der Swisscom Kosten im Ausbau und bei der Instandhaltung der Netzwerke, welche ökonomisch korrekt mittels einer Entschädigungszahlung der Fremdnutzer umverteilt werden müssen. Der Schutz von Investitionen ist eine zentrale Voraussetzung für eine Fortsetzung der Investitionsdynamik.

Durch die Konkurrenzsituation hat vor allem im Mobilfunkmarkt ein kontinuierlicher Preisdruck zu einer Verbesserung des Angebots bei den Endabnehmern gesorgt. Um den Umsatzrückgang zu kompensieren, drängen die Anbieter in die Breite. Es ist demzufolge davon auszugehen, dass die vier Dienstleistungssubsegmente zumindest für die privaten Haushalte kurz- bis mittelfristig miteinander verschmelzen werden. Dies dürfte den Markt für internationale Anbieter attraktiver machen und somit auch den Wettbewerb fördern. Durch die Ausweitung des Dienstleistungsangebots (z.B. WiFi im öffentlichen Verkehr) entstehen zusätzliche Ertragsquellen und sollten ebenfalls zur erweiterten Öffnung des Marktes beitragen.

Die Anzahl der Anbieter in der Schweiz ist für den Wettbewerb nicht optimal und es wäre wünschenswert, dass der Markt für zusätzliche Teilnehmer geöffnet würde. Hier sind aber die erwähnten Problemkreise klar dominierend. Es kann demzufolge nicht sein, dass sich ein ausländischer Anbieter lediglich die Rosinen (Region Zürich, Bern, Basel, St. Gallen, Genf und Lausanne) rauspicks und keine Entschädigung für die flächendeckende Infrastruktur leistet. In diesem Zusammenhang ist es ebenso zwingend, dass die landesweite Grundversorgung abgegolten wird, ohne jedoch den Wettbewerb zu verzerren.

6 Fortschritt

Die Kommunikations- und Informationsbranche entwickelt sich rasant. Insbesondere KMUs können nicht stets auf die neueste Software und Technik umstellen. Es ist wichtig, dass die Produkte lange genug auf dem Markt bleiben können und nicht laufend aufgrund von Gesetzesänderungen ersetzt werden müssen. Auf der anderen Seite sollen die Rahmenbedingungen in der Schweiz so gestaltet werden, dass Anbieter von IT-Angeboten flexibel agieren und damit vom schnellen Fortschritt profitieren können.

Die gesamte Wirtschaft ist auf gute, zuverlässige und günstige Netze angewiesen. So werden in naher Zukunft Investitionen von Nöten sein, die zwar hohe Kosten mit sich bringen, aber für die Schweizer Wirtschaft von grosser Wichtigkeit sind. Damit unter anderem neue Technologien (LTE – Long Term Evolution) eingesetzt werden können, müssen Regulierungen auf das Niveau der europäischen Grenzwerte angepasst werden (zum Beispiel die Mobilfunkregulierung).

Im Bereich der Kommunikation werden unzählige verschiedene Dienstleistungen angeboten. Darunter sind standardisierte Produkte mit standardisierten Schnittstellen, aber auch viele proprietäre Produkte, welche wenig Investitionsschutz bieten.

Für die Unternehmen, welche solche Dienstleistungen anbieten, soll die Schweiz gute Rahmenbedingungen erhalten. Mit den guten Ausbildungsmöglichkeiten und vielen Arbeitskräften in dieser Branche ist die Schweiz ein guter Standort für diese Unternehmen – dieser Standortvorteil soll ausgenutzt und weiter verbessert werden.

So ist insbesondere auf die steigende Anzahl von Data Centern in der Schweiz zu verweisen. Diese Entwicklung kommt nicht von ungefähr, sondern weil die Schweiz über eine Reihe von wettbewerbsfähigen Standortvorteilen verfügt. Der Markt für Data Center wächst aufgrund von weltweiten

Trends wie zum Beispiel Cloud Computing weiterhin rasant. Solche und ähnliche IT-Strukturen werden in den kommenden Jahren vermehrt zur Anwendung kommen und den Bedarf an Data Centern weiterhin steigen lassen. Will die Schweiz weiterhin von den vielfältigen volkswirtschaftlichen Effekten von Data Centern profitieren, muss die Politik entsprechende Rahmenbedingungen schaffen, beziehungsweise erhalten. Einerseits ist die zuverlässige Stromversorgung zu wettbewerbsfähigen Strompreisen zentral. In diesem Sinne hat die Politik dafür zu sorgen, dass die Strompreise in der Schweiz im Verhältnis zum Ausland weiterhin auf vergleichbarem Niveau bleiben. Einen weiteren Standortvorteil stellen die in der Schweiz sehr verlässlichen Datenschutzbestimmungen dar. Der Datenschutz muss als vertrauensstiftendes Instrument erhalten bleiben. So muss er die Balance zwischen dem legitimen Schutz der Privatsphäre gewährleisten und darf gleichzeitig technische Entwicklungen und datenbasierte Geschäftsmodelle nicht einschränken. Als letzter Standortfaktor ist der ICT-Arbeitsmarkt zu nennen. Die Politik muss darum besorgt sein, diesen mit qualifizierten Arbeitskräften zu bedienen. In diesem Sinne ist die Attraktivität des ICT-Berufsfelds hervorzuheben und die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) in der obligatorischen Ausbildung zu stärken.

Staat

7

Sicherheit

Die Internetkriminalität ist ein wachsendes Problem. Mit der andauernden Weiterentwicklung des Internets entstehen auch Gesetzeslücken. Diese gilt es schnell zu schliessen und die bestehende Infrastruktur zu schützen. Der Bund muss seine Strategie zum Schutz vor Cyber-Attacken weiterhin ausbauen und auf die neusten Entwicklungen reagieren können.

Die starke und wachsende Verbreitung verschiedener Kommunikationsgeräte hat die Informationsinfrastruktur gleichsam zu einer Art Nervensystem unserer hoch entwickelten Gesellschaft gemacht. Mit der zunehmenden Komplexität dieses Systems nimmt aber auch dessen Verwundbarkeit zu. Sowohl staatliche Institutionen, aber auch die Wirtschaft und Gesellschaft sind davon betroffen. Das Ausmass an Verlusten und Folgen für die Wirtschaft bei einem Ausfall des Systems ist jedoch am höchsten einzuschätzen. In diesem Sinne bedeutet „Sicherheit“ einerseits die Sicherstellung der Funktionstüchtigkeit des Systems (Stromversorgung etc.). Andererseits muss das System aber auch sicher vor gezielten Attacken über das Internet sein. Deshalb muss der Bund bestrebt sein, die Sicherheit des Systems als Gesamtthema zu behandeln und Lösungen zu finden. Die BDP Schweiz fordert eine übergreifende Zusammenarbeit von verschiedenen Ämtern und Behörden, da die Sicherheit des Systems nicht nur in einem Teilbereich anzusiedeln ist. In diesem Sinne spricht sich die BDP für die nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken aus. Ein weiterer Ausbau der Strategie sowie die reibungslose Umsetzung von Massnahmen sind zu unterstützen.

8

Bildung und Forschung

Die neuen Technologien stellen auch neue Anforderungen an das Personal und erfordern gar neue Berufe. Die Bildung muss sich laufend den Entwicklungen anpassen und frühzeitig neue Lehrgänge initiieren, damit dem Werkplatz Schweiz auch genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Die Hochschulen sollen weiterhin eng mit der Wirtschaft zusammenarbeiten.

Gemeinsam sind die Wirtschaft, der Staat und der Bildungssektor darum besorgt, dass die Schweiz als Standort für internationale Unternehmen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie interessant ist. Insbesondere die MINT-Fächer sollen an den (Hoch-) Schulen gefördert werden, damit die Nachfrage an IT-Spezialisten auch in Zukunft durch Schweizer Arbeitskräfte gedeckt werden kann. Dies bedingt auch, dass entsprechende IT-Lehrstühle an den Hochschulen geschaffen werden, wo noch keine vorhanden sind. Auch sind PPP-Modelle (Public-Private-Partnership) in Betracht zu ziehen, um geeignete Lösungen zu finden. Die Wirtschaft hat ein grosses Interesse daran, auch weiterhin geeignete Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt zu rekrutieren. So muss auch sie sich an der bestmöglichen Ausbildung solcher Fachkräfte beteiligen. In diesem Sinne ist auch die Wichtigkeit der Berufsbildung in diesem Gebiet zu betonen, die es schnell ermöglicht, Arbeitskräfte auch für neue Berufe bereit zu halten.

9

Im Zentrum des E-Government stehen die Einführung und Optimierung von Geschäftsprozessen innerhalb der Verwaltungen. Es soll ein Mehrwert geschaffen und Verwaltungsprozesse beschleunigt werden.

E-Government dient dazu, eine höhere Qualität der Behördenarbeit zu geringeren Kosten sowohl für Privatpersonen, als auch für Unternehmen anbieten zu können. Dies bedingt auch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ämtern und Ebenen. Die BDP Schweiz unterstützt die E-Government-Strategie der Schweiz. Diese muss aber laufend an neue Entwicklungen angepasst und deren Umsetzung kontrolliert werden.

E-Voting und andere politische Prozesse mittels IT dürften in der Zukunft Standard sein. Die BDP fordert die rasche Umsetzung dieser fortschrittlichen Entwicklung. Noch wichtiger erscheint der BDP, dass die Zusammenarbeit im Staat zwischen Gemeinden, Kantonen und Bund reibungslos funktioniert. Immer relevanter werden Schnittstellen von den vielen verschiedenen Systemen. Für die BDP ist es von Bedeutung, dass elementare Schnittstellen im Bereich von Personen- und Objektregistern klar definiert werden, damit Doppelspurigkeiten vermieden werden können und der Aufwand für die Datenübermittlung möglichst gering bleibt. Die Bewirtschaftung der Daten innerhalb dieser Register soll dedizierten Stellen zugeteilt werden, welche nicht andere Verwaltungsaufgaben erfüllen. Des Weiteren muss sich der Staat überlegen, welche öffentlichen Daten der Gesellschaft zur Verfügung stehen sollen und wie jene den besten Nutzen erzielen.

Die Schweiz wirkt bereits heute in vielen internationalen Organisationen im Bereich der ICT mit. Der UNO Standort Genf beherbergt einige Institutionen wie WSIS, ITU, IGF. Dieser Standort soll gestärkt und weitere Organisationen in der Schweiz angesiedelt werden, denn diese bieten Arbeitsplätze und Know-how. Digitale Aussenpolitik ist bereits heute Tatsache.